

Norbert Barthle

- (A) zahler zu den Transferempfängern weiter verschärfen. Deshalb muss eine Gerechtigkeitsdebatte auch vor dem Hintergrund der **Generationengerechtigkeit** geführt werden. Das blenden Sie auf der linken Seite dieses Hauses immer aus. Das geht nicht.

Wer sich das Sparpaket genau anschaut, der wird sehr schnell feststellen, dass insofern eine **Ausgewogenheit** besteht, als Verwaltung, Unternehmen und Sozialleistungsempfänger an den Lasten in etwa gleichermaßen beteiligt werden. Was die Sozialleistungen in diesem Sparpaket angeht, fällt mir auf: Dort wird sogar unterproportional gekürzt. Würden wir den von vielen immer geforderten Rasenmäher anwenden, also proportional gleichmäßig sparen, würde das bedeuten, dass wir im sozialen Bereich gut das Doppelte von dem einsparen müssten, was wir jetzt einsparen. Das sei auch an die Adresse derer gerichtet, die von einem Kettensägenmasaker oder Ähnlichem gesprochen haben. Wer so spricht, urteilt völlig jenseits der Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu dem gleichen Ergebnis kommt man, wenn man sich anschaut, in welchen Bereichen der Sozialleistungen Kürzungen vorgesehen sind: Im Bereich der **Eingliederungsleistungen für Arbeitssuchende** sollen durch Erweiterung des Handlungsspielraums die Arbeitsvermittler in die Lage versetzt werden, zielgenauer als bisher zu fördern. Unser Ziel ist es, Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu setzen. Das ist der Kerngedanke dieser Maßnahme; darum geht es.

(B)

Auch die geplante Anrechnung des **Elterngeldes** bei den Beziehern von Arbeitslosengeld II ist richtig. Dadurch wird für mehr Gerechtigkeit in diesem Land in Bezug auf den Niedriglohntsektor gesorgt. Es geht darum, Doppelleistungen zu vermeiden. Die zusätzliche Gewährung von Elterngeld für Bezieher von Arbeitslosengeld II verringert den **Lohnabstand**. Sie müssen sich einmal die Berechnungen der verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstitute anschauen. Darin kommt man klar zu dem Ergebnis: Ein verheirateter Alleinverdiener, der Vollzeit arbeitet, muss mindestens einen Stundenlohn von 11 Euro brutto erzielen, um ohne Transferleistungen auf das gleiche verfügbare Einkommen zu kommen, das er ohne Erwerbsarbeit erhalten würde.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Dann sorgen Sie dafür!)

Das ist mehr, als im Niedriglohntsektor gezahlt wird. Auch dieser Tatsache muss man ins Auge schauen.

Eine Aufstockung der **Regelsätze**, wie im Antrag der Grünen gefordert, würde – das haben Sie verschwiegen, Herr Kuhn – dieses Problem noch verschärfen. Erklären Sie einmal einem Arbeitnehmer, der keine üppig bezahlte Vollzeitstelle hat, warum er eigentlich noch arbeiten soll, warum er in das Sozialsystem einzahlen soll und warum er mit seinen Beiträgen unser Land stützen soll, wenn sich jemand, der nicht arbeiten geht, finanziell bester stellt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Das ist nicht zu erklären. Das, was wir hier machen, ist also gerecht.

Nochmals: Wir gehen nicht mit der Rasenmähermethode vor. Wir setzen zielgenau dort an, wo es möglich ist, zu sparen. Wir schaffen Wachstumspotenziale. Wir sanieren den Bundeshaushalt. Mit all dem sind wir hier genau auf dem richtigen Weg.

Eines sei noch hinzugefügt: Wir Haushälter werden es mit Sicherheit nicht zulassen, dass an dem Sparpaket geschliffen, dass es aufgeschnürt oder abgemildert wird. Wer meint, angesichts einer besseren Konjunktur müsse man weniger sparen, ist auf dem Holzweg; denn hier geht es um konjunkturelle Effekte. Wir müssen jedoch strukturell sparen. Das ist die Aufgabe; sie bleibt uns erhalten.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Joachim Poß.

(Beifall bei der SPD)

**Joachim Poß** (SPD)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Barthle, ich finde es schon erschreckend, dass Ihnen, seit die Große Koalition nicht mehr existiert, wohl innerhalb weniger Monate das soziale Empfinden gänzlich weggerutscht ist

(D)

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Im Gegenteil! – Zuruf von der FDP: Tasschentuch!)

und dass Sie sich im Zusammenhang mit diesem Sparpaket offenkundig zum politischen Gefangenen dieser kleinen, radikalen, neoliberalen Partei haben machen lassen.

(Otto Fricke [FDP]: Vorsicht! Was heißt „radikal“?)

Dieser Vorgang ist bei den Parteien der Union zu beobachten, bei denen zum Beispiel der sozial verpflichtete Katholizismus bisher immer eine Rolle spielte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist erschreckend, wie das aus dem Ruder läuft.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke?

**Joachim Poß** (SPD):

Aber selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Herr Fricke, bitte.

(A) **Otto Fricke (FDP):**

Herr Kollege Poß, Sie haben gerade meine Partei als eine „radikale“ Partei bezeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Als „kleine“ Partei!)

– Ich finde es sehr bemerkenswert, dass unter Demokraten, zu denen sich die Grünen angeblich zählen, so auf ein solches Wort reagiert wird. Herr Kollege Poß, ich würde Sie bitten, entweder den Begriff zurückzunehmen oder hier zu erklären, warum Sie der Meinung sind, dass Sie im Zusammenhang mit der FDP von einer **radikalen Partei** sprechen können.

(Nicolette Kressl [SPD]: Da liegen die Nerven aber blank!)

**Joachim Poß (SPD):**

Sie leugnen die Notwendigkeit eines finanziellen und sozialen Ausgleichs in dieser Gesellschaft konsequent und radikal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damit waren Sie in dieser Koalition leider erfolgreich. Das ist eine aktuelle Zustandsbeschreibung.

Es handelt sich bei der FDP um eine Partei, die sich zum Beispiel bis Mitte Mai vehement dagegen gewehrt hat, dass der Finanzbereich einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens entrichtet. Wir haben mehrere Stunden mit Ihnen verhandelt. In einer gewissen Situation ist eine solche Haltung eben vernagelt. Man kann auch „vernagelt“ sagen, wenn man nicht „radikal“ sagen möchte;

(B)

(Otto Fricke [FDP]: Sagen Sie weiter „radikal“ oder nicht?)

aber es gibt da nichts zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP ist in der Tat eine radikale Partei. Herr Fricke, ich würde nie auf den Gedanken kommen, sie als extremistische Partei zu bezeichnen; das liegt mir fern. Die FDP ist aber eine radikale Partei in dem Sinne, dass sie radikal die Notwendigkeit des **sozialen Ausgleichs** in dieser Gesellschaft leugnet und den größeren Koalitionspartner bis Mitte oder Ende Mai – bis in manchem Bewegung entstanden ist – zum politischen Gefangenen gemacht hat, zum Nachteil dieses Landes. Das ist erschreckend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ich habe doch eben die Fakten genannt! Nehmen Sie das mal zur Kenntnis!)

Wenn es beim sogenannten Sparpaket im Hinblick auf die betroffenen Individuen auch keinen sozialen Ausgleich gibt – ich werde gleich noch darauf eingehen –, dann zeigt dies, dass der Einfluss der FDP weiterhin groß ist. Sie haben sehr wahrscheinlich weitergehende Überlegungen aus der Union, teilweise auch aus der

FDP, zur Anhebung des Spitzensteuersatzes und zu anderen Maßnahmen konsequent abgeblockt. Das Ergebnis dessen wurde von Ihrem Parteivorsitzenden gemeinsam mit Frau Merkel ziemlich ratlos vorgestellt. (C)

Sie sind nach eigenem Bekunden dabei, sich neu aufzustellen, weil wohl viele, die Sie aus Versehen gewählt haben, erkannt haben, welch unheilvollen Einfluss Sie in der bundesdeutschen Politik ausüben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das spricht für meine Ansicht.

Herr Kollege Barthle, wenn das **Mindestelterngeld** für die Ehefrau eines Spitzenverdieners erhalten bleibt, das von Hartz-IV-Empfängern aber gestrichen wird, stellt sich die Frage: Was hat das denn mit Ordnungspolitik oder mit dem Lohnabstandsgebot zu tun?

(Otto Fricke [FDP]: Wer hat das denn eingeführt?)

Das ist doch eine haarsträubende Begründung, die Sie da gebracht haben, und sie zeigt, woran es Ihnen mangelt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gestern ist der Versuch einer Neuaufstellung gescheitert. Das Sparpaket war der vorletzte Versuch einer Neuaufstellung dieser Koalition.

(Otto Fricke [FDP]: Sie haben Schwierigkeiten, Ergebnisse von Wahlen zu akzeptieren!)

(D)

Auch das ist kräftig danebengegangen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Hatten wir die absolute Mehrheit oder nicht?)

– Herr Barthle, ich wundere mich, dass Sie überhaupt nicht zu den gemeinsamen Erfolgen der Großen Koalition stehen. Sie weisen nicht auf das hin, was wir gemeinsam an Wichtigem für unser Land erreicht haben.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Können Sie etwas Sinnvolles sagen?)

Das hätten Sie in der Tat tun können.

Dem Regierungssprecher und Frau Merkel ist es lediglich gelungen, aus **Toronto** in die Wohnzimmer der deutschen Fernsehzuschauer den Eindruck zu vermitteln, dass eine Protokollerklärung der Gipfelteilnehmer, die den guten Willen der dort Versammelten zum Schuldenabbau ausdrückt, ausreicht – in sehr unrealistischer Weise, wenn man sich, was 2013 und 2016 angeht, die Länder und deren Verschuldung im Einzelnen ansieht –, um Veränderungen herbeizuführen. Beim bundesdeutschen Publikum wurde der Eindruck erweckt, das sei die Hauptfrage des G-20-Gipfels gewesen. Dadurch wollte man davon ablenken, dass man auch auf internationaler Ebene gescheitert ist, vernünftige Maßnahmen in Sachen Finanzmarktregulierung zu vereinbaren, weil die deutsche Bundesregierung in dieser Koalition nicht aufgestellt war – dort saßen die radikalen Bremser – und

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß

- (A) weil Instrumente wie die Finanzmarkttransaktionsteuer nicht durchgesetzt werden konnten. Sie haben vorher schon den Kampf darum aufgegeben. Durch Ihren Spin wurde davon abgelenkt, dass Frau Merkel ihren durchaus vorhandenen guten Ruf, den sie in Europa und auch weltweit genoss, in der **Griechenlandkrise** hoffnungslos verspielt hat. Das ist der Vorgang, der tatsächlich stattgefunden hat und von dem abgelenkt wurde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Im Ausland sieht man das anders! Man muss nur Ihre Parteipostillen lesen!)

Dem sogenannten Sparpaket fehlt das Gestaltungsziel, der Kompass. Es fehlt der Wachstumsimpuls für die Zeit nach dem **Auslaufen der Konjunkturpakete**.

Im Moment haben wir zwei Elemente der Wirtschaftsentwicklung. Der Export läuft super – wir alle finden das gut, das hat auch etwas mit dem Euro-Dollar-Verhältnis zu tun –, und die Investitionen werden vorangetrieben. Wir werden in diesem Jahr erleben, dass bis zum Auslaufen der Konjunkturpakete noch ungefähr 10 Milliarden Euro an öffentlichen Investitionen in Bewegung gesetzt werden. Im letzten Jahr sind nur 3 Milliarden Euro der Investitionen abgeflossen. Aber es stellt sich folgende Frage: Was ist danach? Sie haben nicht einmal versucht, eine Antwort darauf zu geben. Sie haben keine Antwort gesucht. Sie haben ein jämmerliches Bild abgegeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich habe mir die Pressekonferenz von Frau Merkel und Herrn Westerwelle am 7. Juni angesehen. Es war nicht nur körperliche Erschöpfung, die sich da niedergeschlagen hat, sondern offenkundig auch geistiges Ausgebranntsein

(Beifall bei der SPD)

und das Eingeständnis, dass man die Kraft zur Führung unseres Landes nicht mehr hat.

Was ist mit einer Soforthilfe für die **Kommunen**? Die Kommunen können doch nicht auf irgendwelche Maßnahmen warten. Ihnen brennt bereits jetzt der Pelz. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern – in erster Linie ist es die Aufgabe der Länder – helfen, und zwar schnell. Auf diese zentrale Frage geben Sie keine Antwort. Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben. Stattdessen soll die **Gewerbsteuer** – eine alte Obsession von Herrn Schäuble; es wird spekuliert, ob das ein Zugeständnis an die FDP im Zusammenhang mit dem Präsidentenpoker war – abgeschafft werden. Das heißt, 30 bis 40 Milliarden Euro, die jetzt die Wirtschaft tragen muss, sollen bzw. werden in welcher Form und nach welchem Modell auch immer auf Verbraucher und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert. Das ist eine gewaltige, zusätzliche Umverteilungsmaßnahme.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass die politischen Verhältnisse in diesem Land – auch nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen – in-

zwischen so sind, dass eine solche Maßnahme nicht mehr Platz greifen kann. (C)

Es fehlt in Ihrem Konzept – Kollege Kuhn hat darauf hingewiesen – die Streichung der neu geschaffenen **Privilegien für Hotels und für Unternehmenserben**. Sie haben ja wieder eine aktuelle Auseinandersetzung in Ihren Reihen. Man fasst sich an den Kopf, wenn man sieht, welche Auseinandersetzung da bei Ihnen stattfindet. Man fragt sich, ob Sie nach Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise nicht die Kraft finden, um auch mal Dinge zu korrigieren, die offenkundig schiefgelaufen sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann stellen Sie sich hin, Herr Lindner, und verteidigen die Streichungen bei Hartz IV und anderen sozial Schwachen, sagen aber kein Wort zu diesen unzumutbaren Privilegien, die kein Mensch in dieser Republik mehr versteht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Lassen Sie sich auch etwas Neues einfallen!)

Die von Ihnen behauptete Beteiligung der Wirtschaft an der Konsolidierung besteht aus Luftbuchungen und Hoffnungswerten. Da, wo es zur Sache geht – bei sozial Schwachen –, wird konkret gekürzt. Das ist das Ganze. Und dann sagen Sie: Na ja, wir haben doch einen **sozialen Ausgleich**. Frau von der Leyen sagt das lächelnd, wie es ihre Art ist. Ich finde, das ist manchmal etwas sehr kalt lächelnd. Sie sagt: Das ist doch sozial ausgewogen, wenn wir bei Behinderten und bei Leistungen für Rentner nicht gestrichen haben. Das war die Begründung von Frau von der Leyen, warum das Paket sozial ausgewogen ist. Man stelle sich das vor. Ich habe es selbst im Fernsehen gesehen und es fast nicht glauben mögen. Wenn ich das gelesen hätte, hätte ich noch einmal nachgelesen. Es ist eine unhaltbare und fast zynische Begründung, die Frau von der Leyen zur Rechtfertigung dieses Pakets abgegeben hat. (D)

Frau Merkel und Herr Schäuble argumentieren mit einer Drittelbelastung. Das Paket sei ausgewogen, weil zu je einem Drittel die Sozialausgaben, die Wirtschaft sowie Beamte und Verwaltung betroffen sind. Das sind hohle Aussagen, mit denen Sie – weder hier im Parlament noch bei den Menschen – nicht durchkommen werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das sind die Fakten!)

Seit wann sind denn Unternehmen und die Verwaltung der soziale Gegenpol zu den Arbeitslosengeld-II-Empfängern oder den Wohn- und Elterngeldempfängern? Der soziale Gegenpol, meine Damen und Herren, falls es noch nicht in Ihre Köpfe vorgedrungen ist, zu wirtschaftlich schwächeren Individuen sind nicht irgendwelche Institutionen, sondern wirtschaftlich stärkere Individuen wie Spitzenverdiener und Vermögende.

**Joachim Poß**

(A) (Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Diktat Westerwelles und dieser radikalen Partei, der FDP.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sie dividieren die Gesellschaft auseinander!)

Die wirtschaftlich Stärkeren spielen in Ihren Belastungsüberlegungen gar keine Rolle. Das ist das Skandalöse.

Unklar ist, ob die Belastungen der Wirtschaft, die Sie vorsehen, überhaupt den Sommer überleben werden. Ich gehe davon aus, dass Frau Merkel vor der Atomlobby noch völlig einknicken wird. Vermutlich werden wir gar keinen Gesetzentwurf für eine Brennelementesteuer oder Ähnliches von der Regierung vorgelegt bekommen.

(Otto Fricke [FDP]: Wenn es nach Ihnen ginge, wäre die Welt noch eine flache Scheibe!)

Die behauptete Beteiligung des Bankensektors ist ebenfalls unklar. Ich hoffe, dass, wie angekündigt, um die **Transaktionsteuer** in Europa wirklich gekämpft wird. Wenn das nicht kommt, müssen wir eben über eine nationale Lösung nachdenken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass die 2 Milliarden Euro, die dafür in 2012 als erste Scheibe vorgesehen sind, nicht gänzlich aus Ihrem Gedächtnis verschwinden werden.

(B) Alles in allem: Wenn man zusammenfasst, was Sie da mit diesem sogenannten Sparpaket vorgelegt haben, dann ist das nicht „intelligentes Sparen“, sondern Ausdruck einer eher dummen, kurzsichtigen und einfalllosen Finanz- und Regierungspolitik.

Obwohl Sie Ihren Kandidaten für das Bundespräsidentenamt dann doch noch durchgebracht haben, war das – wie auch ich fürchte – nicht der Beginn professioneller und guter Regierungsarbeit. Sie werden sich – so ist es zu erwarten – in der Koalition weiter blockieren und den Problemen und Herausforderungen dieses Landes überhaupt nicht gerecht werden. Wir alle werden deshalb Schaden erleiden. Es ist das Bedauerliche, dass offenkundig keine Möglichkeit besteht – es sei denn über den Bundesrat –, den größten Schaden abzuwenden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Da klatschen ja nicht mal die Eigenen richtig!)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Florian Toncar (FDP):**

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist gut, dass wir über die Sparpolitik diskutieren. Aber, Kollege Poß, bei allem

Verständnis dafür, dass Sie Ansatzpunkte für Kritik suchen, muss ich sagen, dass der Tonfall und der Duktus Ihrer Rede etwas Beschämendes hatten. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich kann nur sagen: Ich wünsche mir, dass viele Wähler diese Rede gehört haben

(Joachim Poß [SPD]: Ich hoffe das auch!)

und sie unter anderem im Zusammenhang mit den vermeintlichen Bemühungen Ihrer eigenen Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen sehen, Koalitionen zu bilden, die offensichtlich – wenn man Ihnen zuhört, bekommt man diesen Eindruck – nicht ernsthaft gewollt, sondern eher ein Akt der Wählertäuschung sind.

(Lachen der Abg. Iris Gleicke [SPD])

Das, was Sie heute geboten haben, war aufschlussreich. Dafür danken wir Ihnen herzlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Iris Gleicke [SPD]: Backen Sie mal lieber kleine Brötchen! Das Wort „Wählertäuschung“ sollten Sie lieber nicht in den Mund nehmen! – Johannes Kahrs [SPD]: Von Wählertäuschung verstehen Sie ja etwas! Wulff hat sich gestern von den Linken tolerieren lassen!)

Die Koalition wird den Haushalt in dieser Wahlperiode nachhaltig sanieren. Dazu gehören zwei Aspekte: erstens eine gute Wirtschaftsentwicklung und zweitens die Verringerung der staatlichen Defizite. Das geht bei dieser Koalition Hand in Hand. Das gebietet nicht nur die Einhaltung der Schuldenbremse, unser Verfassungsrecht, sondern das gebieten auch die Handlungsfähigkeit des Staates in künftigen Jahren und unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Genau deswegen schlägt die Regierung diesen Kurs ein. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das bedeutet erstens, dass wir uns um die **Wirtschaftsentwicklung** kümmern müssen. Das ist ein Aspekt, der mir in der Debatte bisher zu kurz kommt, übrigens auch in dem Antrag, den Sie eingebracht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Wir müssen uns überlegen, wie wir es schaffen, dass die Wirtschaft wieder ins Laufen kommt. Das hat diese Koalition getan, indem sie Steuerentlastungen für Mittelstand und Familien durchgesetzt hat, sie hat es dadurch getan, dass sie die Sozialversicherungsbeitragsätze stabil gehalten hat, und nicht zuletzt auch dadurch, dass sie mit großen Anstrengungen den Euro, die europäische Währungsunion stabilisiert hat.

(Otto Fricke [FDP]: Ja! Anders als Rot-Grün!)

Auch das gehört dazu, wenn man dafür sorgen will, dass die Wirtschaft wieder läuft, dass Arbeitsplätze entstehen können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben zum Zweiten ein **Konsolidierungspaket** vorgelegt, das einen Umfang von 80 Milliarden Euro